



Interviews

Datum: 23.10.2023

Moritz Küpper im Gespräch mit Annalena Baerbock

Moritz Küpper: Am Wochenende erste Hilfslieferungen in den Gazastreifen, zeitgleich weitere Bombardements jenes Gazastreifens und weitere Vorbereitungen der israelischen Bodenoffensive. Dazu zwei freigelassene Geiseln, zwei US-Amerikanerinnen. Gestern gab es in Berlin herzerreißende Worte zu hören, beispielsweise von Roni Roman, Angehörige einer Geisel in den Händen der Hamas:

O-Ton Roni Roman: „Ich stehe hier vor Ihnen alleine. Ich weiß nicht, wo sie ist. Ich kann sie nicht umarmen.“

Küpper: Roni Roman gestern in Berlin. – Am Samstag zudem eine Konferenz in Ägypten, an der die USA und Israel zwar nicht teilnahmen – die USA zumindest nicht hochkarätig -, dafür die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock. Sie ist nun am Telefon. – Guten Morgen!

Annalena Baerbock: Schönen guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Frau Baerbock, schauen wir zuerst auf die Menschen, die noch in den Armen der Hamas sind. Was wissen Sie über die Geiseln?

Baerbock: Ich hatte in den letzten Tagen ja schon gesagt, dass es acht verschiedene Fälle gibt, wo unterschiedliche Familienangehörigen verschleppt worden sind, darunter auch Frauen und Kinder, viele andere Nationalitäten auch mit dabei, und das war auch eins der großen Themen bei der Konferenz in Kairo, die Sie angesprochen haben, dass all diejenigen, deren Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auch betroffen waren, und insbesondere die Länder, die Kontakte zu Hamas und anderen Akteuren vor Ort haben, sich im engsten noch mal ausgetauscht haben, damit weitere Geiseln freikommen können. Die angesprochenen amerikanischen Geiseln, die Mutter und ihre Tochter, die jetzt freigegeben sind, sind ein kleiner Funken Hoffnung, dass auch andere hoffentlich bald freikommen können.

Küpper: Wissen Sie, wie es konkret um die deutschen Geiseln steht?

Baerbock: Wie gesagt, das sind fast 200 Geiseln, jedenfalls die aktuellen Zahlen insgesamt, und es ist wichtig, dass alle Akteure an einem gemeinsamen Strang ziehen. Das Gute ist aber, dass das der Fall ist. Ganz unterschiedliche Länder setzen sich für die Befreiung dieser Geiseln ein, natürlich auch der deutschen Geiseln, die für uns als Bundesrepublik Deutschland der Fokus sind. Aber wichtig ist auch da, dass es jetzt gemeinsam ein Agieren gibt, und das sieht man, glaube ich, auf allen Seiten. Wir arbeiten rund um die Uhr daran auch im Auswärtigen Amt mit unseren entsprechenden Diensten, dass die Geiseln möglichst zeitnah endlich wieder in Freiheit kommen können.

Küpper: Sie waren am Samstag in Kairo auf dieser Friedenskonferenz von Ägypten. Was stand da im Vordergrund?

Baerbock: Einen regionalen Flächenbrand zu verhindern. So unterschiedlich die Länder, so unterschiedlich die Länder der arabischen Welt auf die Situation schauen – wir schauen anders noch mal darauf, gerade als Bundesrepublik Deutschland, wo wir in voller Solidarität mit Israel stehen -, eint uns alle, dass wir den Flächenbrand in der Region verhindern wollen. Ich habe mit unterschiedlichen nicht nur Staats- und Regierungschefs und Außenministern gesprochen, sondern auch mit ganz normalen Menschen in der Region, in Jordanien, mit palästinensischen Flüchtlingsfamilien, und sie alle eint der Wunsch, in Frieden zu leben. Das ist der aller-, allergrößte Wunsch der Menschen in der Region, dass Israel und die Palästinenser in Frieden leben können, und deswegen war auf der Konferenz auch so wichtig, dass wir über den Tag danach sprechen. Natürlich scheint der ganz, ganz weit weg, aber es ging bei der Konferenz, es geht heute bei dem Treffen der EU-Außenminister und morgen in New York beim Sicherheitsrat gerade für uns um die Frage, wie finden wir einen Weg, ins Morgen zu kommen. Was passiert am Tag danach? Wie sichern wir die friedliche Koexistenz von Israelis und Palästinensern? Das kann für uns Europäer und für viele arabische Staaten nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung sein und natürlich scheint die jetzt in unglaublich weiter Ferne, aber wir müssen trotz der Emotionen und des unglaublichen Leides, wo alle Herzen brennen, jetzt den politischen Horizont für ein Gaza jenseits der Hamas denken, um es dann möglichst zu erreichen. Das hat zumindest die Akteure geeint, die auf dieser Konferenz waren, auch wenn der Weg dahin, wie man an den furchtbaren Bildern sieht, noch weit ist.

Küpper: Israel war nicht dabei. Dennoch: Der Verteidigungsminister Israels sprach gestern auch von drei Phasen für eine mögliche Bodenoffensive. Zunächst wolle man das Hamas-Regime zerstören. Danach sollen andere in Gaza für Sicherheit sorgen. Sie haben auch schon den Tag danach angesprochen. Wer könnte das sein? Wer könnte den Gazastreifen am Ende verwalten, kontrollieren?

Baerbock: Zum einen sehen Sie daran, wie Sie das auch gerade dargestellt haben, so unterschiedlich die Sichtweisen sind – ich war jetzt zweimal in Israel in den letzten zwei Wochen; es ist unglaublich, man kann das Leid mit jeder Faser spüren -, dass aber alle eint, dass es so nicht weitergehen kann und dass wir Frieden in der Zukunft brauchen.

Auf Ihre Frage konkret: Genau darüber zerbrechen wir uns gemeinsam als internationale Partner den Kopf. Gerade auch für Deutschland ist das eine wichtige Aufgabe und Rolle. Wir haben zum Beispiel in Europa selber auf dem westlichen Balkan auch Modelle in der Vergangenheit gehabt mit Bosnien, aber auch im Kosovo, wo man gesagt hat, es ist gut, wenn die internationale Gemeinschaft Verantwortung für Sicherheit, im Zweifel auch für Verwaltungsstrukturen übernimmt. Darüber jetzt mit unterschiedlichen Ländern zu sprechen, auch in kleinen Kreisen hinter verschlossenen Türen, um einen Horizont aufzuzeigen, um einen Weg ins Morgen aufzuzeigen, auch das ist gerade unsere politische Aufgabe.

Küpper: Sie betonen gerade das Gemeinsame. Alle seien geeint, haben Interesse an Frieden. Aber habe ich da was verpasst, oder haben die arabischen Regierungschefs den Angriff vom 7. Oktober klar verurteilt? Wie war das auf der Konferenz beispielsweise?

Baerbock: Sie haben es verurteilt mit Blick auf die Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten, deutlich gemacht, dass das Leid der Palästinenser und der Israelis, von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern so nicht weitergehen kann. Aber ja, sie haben nicht ausgesprochen – und deswegen gab es auch keine Abschlusserklärung -, dass dieses furchtbare Leid am 7. Oktober angefangen hat durch den Terrorangriff der Hamas. Das ist das, weswegen ich eben auch gesagt habe, es gibt unterschiedliche Sichtweisen.

Um aber diesen Hass – das ist ja das Ziel von Hamas; Hamas will einen Keil des Hasses in unsere Gesellschaften treiben, zwischen die internationalen Akteure, die arabische Welt, gegen Israel und seine Partner aufbringen, und genau diesen Keil des Hasses, den müssen wir verhindern, weil wir ja sehen, dass er sich auch auf unsere Straßen überträgt, nicht nur in der arabischen Welt, sondern wir sehen auch in unseren Gesellschaften in Europa Hass und Antisemitismus. Wir sehen das dieser Tage bei den Demonstrationen bei uns, in London, in Paris, wo Parolen skandiert werden, die nichts mehr mit Mitgefühl an dem echten Leid von Frauen und Kindern in Gaza zu tun haben, sondern die Existenz Israels in Frage stellen und zur Gewalt gegen Juden aufrufen. Diesem Antisemitismus müssen wir uns als Gesellschaft entgegenstellen und diesem Keil des Hasses, dem müssen wir uns entgegenstellen. Deswegen war es auch für mich so wichtig, auf dieser Konferenz dabei zu sein, nicht in der Illusion, dass wir alle in diesem Moment die furchtbare Situation lösen können, und auch – wir haben es deutlich dort gesehen -, dass die Sichtweisen unterschiedlich sind, aber wir müssen gemeinsam einen politischen Weg ins Morgen aufzeigen, damit der Hass nicht noch die arabische Welt, die internationale Gemeinschaft spaltet, sondern wir gemeinsam für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten irgendwann sorgen können.

Küpper: Aber davor wird die Bodenoffensive stehen. Das scheint festzustehen. Ist das Ganze legitim, auch die heftigen Bombardements aus der Nacht beispielsweise?

Baerbock: Israel hat ein Recht, sich nicht nur zu verteidigen, sondern es hat eine Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger vor Terrorismus zu schützen, so wie jedes Land auf der Welt, so wie jeder Staat auf der Welt, und das im Rahmen des internationalen Rechts, im Rahmen des Völkerrechts. Das unterscheidet Staaten, das unterscheidet erst recht demokratische Staaten von Terrororganisationen. Das hat der Bundespräsident, der Bundeskanzler, das habe ich in der Region immer wieder deutlichgemacht. Deswegen ist es die Quadratur des Kreises. Auf der einen Seite muss der Terrorismus bekämpft werden. Sonst kann weder Israel, noch die Palästinenser – die trifft es ja genauso hart, dieser Terrorismus – in Frieden und Sicherheit leben. Zugleich muss alles dafür getan werden, dass menschliches Leid nicht noch ausgeweitet wird, weswegen wir alle, weswegen ich vor Ort auch für Schutzorte geworben habe, weswegen wir die internationale Hilfe für die Menschen in Gaza, die humanitäre Hilfe jetzt so hochgefahren haben, weswegen wir gemeinsam mit unseren Partnern und Freunden, gerade den Amerikanern mit Israel im engsten Austausch sind, wie man mit Blick auf die Hamas dafür sorgen kann, dass der Terrorismus bekämpft wird, aber nicht das Leid der Menschen vor Ort in dramatische Bahnen gelenkt wird. Israel hat ja die letzten Tage selber deutlichgemacht, der Kampf gilt nicht den Menschen in Gaza, der Zivilbevölkerung, den Palästinensern, sondern dem Terrorismus.

Küpper: Ist es dann legitim, der Zivilbevölkerung Strom und Wasser abzustellen?

Baerbock: Wir sehen ein dramatisches Leiden von über zwei Millionen Menschen. Darunter ist die Hälfte Kinder und Jugendliche. Um dieses dramatische Leid einigermaßen einzudämmen, haben wir in den letzten Tagen so massiv dafür geworben, dass internationale Hilfe ins Land kommen kann, die ersten Trucks, die jetzt über die Grenze gefahren sind. Ich habe in Kairo selbst noch mal deutlichgemacht, dass es vor allen Dingen auch Treibstoff braucht, damit die Krankenhäuser zumindest in Minimalfunktion funktionieren können. Ohne Strom werden auch die Entsalzungsanlagen und die Pumpen für Trinkwasser nicht funktionieren können. Deswegen braucht es dringend Treibstoff, damit die Wasserversorgung wieder steht. Von Israel sind ein bis zwei – darüber gibt es unterschiedliche Meldungen – Wasserleitungen wieder aktiviert worden. Eine dritte wurde nach Aussagen der Israelis von Hamas zerstört. Aber das ist nur ein minimaler Teil der Wasserversorgung für Gaza. Es müssen vor allem die Pumpen und die Entsalzungsanlagen wieder funktionieren und auch daran arbeiten wir auf Hochdruck, weil ja, die Lage ist dramatisch. Es droht Cholera vor Ort, weswegen es für die Bundesregierung, für mich so wichtig war, auch unsere humanitäre Hilfe jetzt noch mal um 50 Millionen Euro für die Menschen vor Ort zu erhöhen.

Küpper: Aber wie wollen Sie bei gerade auch diesen 50 Millionen Euro kontrollieren, dass die Hamas davon nicht sei es indirekt profitiert?

Baerbock: Dieser Vorwurf, der irritiert mich massiv, weil ich möchte mal die Gegenfrage stellen. Sollen wir zwei Millionen Menschen etwa verdursten lassen? – Ich glaube, das kann niemand verantworten, dessen Herz wirklich schlägt. Die humanitäre Hilfe wird, wie überall auf der Welt, über internationale Akteure geleistet. Das sind vor allen Dingen die UN, das World Food Program, das ist UNICEF, das ist das Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Dafür stellen wir humanitäre Gelder bereit, dass die Lebensmittel kaufen können, Wasser kaufen können, was jetzt, wie in den letzten zwei Tagen geschehen, dann in Trucks von internationalen Akteuren wie dem Roten Kreuz nach Gaza reingebracht wird. Es werden dann Lebensmittelkonserven verteilt vor Ort und genau das braucht es jetzt, um die Menschen direkt zu erreichen, internationale Hilfe, und dafür stellen wir diese 50 Millionen Euro bereit, wie im Übrigen alle anderen internationalen Partner auch.

Küpper: Noch ganz kurz: Sie treffen sich heute in Luxemburg mit den EU-Außenministerinnen und Außenministern. Parallel kommt gerade die Meldung, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow nach Teheran, in den Iran reisen will. Wie sehr beunruhigt Sie diese Nachricht?

Baerbock: Um es mal ganz nüchtern zu sagen: Dass es da eine enge Zusammenarbeit gibt, das haben wir leider ja in den letzten anderthalb Jahren auch mit Blick auf den brutalen Russland-Krieg gesehen, auch mit Blick auf die Drohnenlieferungen an die Russen, auch wenn Iran das weiterhin bestreitet. Sie haben da funktioniert.

Dieses Treffen ist ein Format, was es seit langem gibt, aber jeder, der dort hinfährt, sollte sich selber fragen, ob das wirklich die Akteure sind, mit denen man zusammenarbeiten möchte.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.